



Presseinformation

München, den 14. Oktober 2019

Neun von zehn Unternehmen fordern mehr Engagement der Europäischen Union für globale Wettbewerbsfähigkeit.

Die deutschen Unternehmen fordern die Europäische Union auf, die Standortbedingungen im Wirtschaftsraum zu verbessern. 86 Prozent der repräsentativ befragten Unternehmen aller Größenklassen und Branchen geben an, die EU müsse mehr unternehmen, um die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU zu steigern. Im Kreis der 500 größten Familienunternehmen Deutschlands erheben sogar mehr als 95 Prozent diese Forderung. Neue vergemeinschaftete Finanztöpfe und Sozialtransfers stoßen bei den deutschen Unternehmen auf Skepsis.

Das geht aus dem „Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen“ hervor, der größten vergleichenden Befragung von Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen. Durchgeführt wird die repräsentative Befragung regelmäßig im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen vom ifo Institut. Es haben sich 1431 Unternehmen daran beteiligt.

„Der Handlungsauftrag an die neue EU-Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen ist klar: Die EU muss als Wirtschaftsstandort gestärkt werden“, sagt Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen. „In den vergangenen Jahren ging dieser Fokus unter dem Eindruck von Flüchtlings- und Währungskrisen verloren. Doch die Welt hat sich weitergedreht, andere Volkswirtschaften ziehen an uns vorbei. Nur eine wettbewerbsfähige EU mit starken und agilen Unternehmen kann auf Dauer mit anderen Staaten mithalten. Gute Bedingungen für unsere Unternehmen zu schaffen, ist der beste Beitrag zu Beschäftigung, Innovation und Zukunftsinvestitionen und damit auch zur gesellschaftlichen und politischen Stabilität in Europa.“

In der Studie wird abgefragt, in welchen Bereichen sich die Unternehmen ein künftig stärkeres Engagement der Europäischen Union wünschen. 75 Prozent nannten den digitalen Binnenmarkt, 65 Prozent die Handelspolitik. Rund 60 Prozent der befragten Unternehmen geben auch an, die Europäische Union müsse mehr in der Frage des Klima- und Umweltschutzes unternehmen. Ein stärkeres Engagement der Europäischen Union zur Aufnahme von weiteren Mitgliedstaaten wird nur von knapp zehn Prozent befürwortet, mehr als 60 Prozent lehnen dieses ab.

Zahlreiche Wirtschaftsreformen, die von der Leyen in ihren „politischen Leitlinien“ angekündigt, werden von den Unternehmen mit Skepsis betrachtet. Die Zahl derer, die eine europäische Arbeitslosenversicherung in Form einer Rückversicherung (49,4 Prozent), einen europäischen Mindestlohn (46,2 Prozent), eine gemeinsame Einlagensicherung (41,9 Prozent) sowie ein Eurozonen-Budget (36 Prozent) ablehnen, übersteigt teilweise



deutlich die Zahl der Befürworter. Die Unternehmen begrüßen allerdings die Harmonisierung des Steuerrechts im Rahmen einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, die zu einer Entbürokratisierung des Steuerrechts führen dürfte.

Die Unternehmen wünschen sich mehr Nähe zur Europäischen Union und engere Kontakte nach Brüssel und Straßburg. Fast ein Drittel der Unternehmen würde gerne mehr Kontakte zu Europaparlamentariern pflegen. 78 Prozent der Unternehmen sind noch nie mit Europaparlamentariern zusammengetroffen. Nur 10,5 Prozent der Unternehmen sehen ihre Interessen am besten auf europäischer Ebene vertreten – gefragt nach der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sind die Werte höher.

„Die großen deutschen Familienunternehmen stehen zu Europa. Gerade angesichts der geopolitischen Risiken und der Sorgen um die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft ist eine handlungsfähige Europäische Union wichtiger denn je“, sagt Kirchdörfer. „Der Jahresmonitor macht deutlich, dass Familienunternehmen bereit und daran interessiert sind, mit der europäischen Politik darüber zu sprechen, wie die politischen Ziele erreicht werden können.“

Als Beispiel nennt Kirchdörfer die Steuerpolitik. „Die Umfrage zeigt: Die Unternehmen befürworten den Kampf gegen Steuerflucht, setzen dabei allerdings auf größtmögliche internationale Kooperation“, sagt Kirchdörfer. „Wir sollten deswegen die international im Rahmen der OECD und G20 vereinbarten Instrumente nutzen, statt unsere Unternehmen durch europäische Alleingänge im Wettbewerb zu benachteiligen. Manchmal sind bei der Arbeit die Details entscheidend. Ein vertraulicher Austausch von Steuerdaten zwischen den zuständigen europäischen Behörden mag noch tragfähig sein, ein öffentliches Country-by-Country Reporting schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der EU hingegen in jedem Fall.“

» Download der Studie „Wirtschaftspolitik für eine starke EU – Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen“

Weitere Informationen:

Andre Tauber
Leiter Kommunikation

Stiftung Familienunternehmen
Prinzregentenstraße 50
D-80538 München

Tel.: +49 (0) 89 / 12 76 400 06
Fax: +49 (0) 89 / 12 76 400 09
Mobil: +49 (0) 172 / 63 190 09

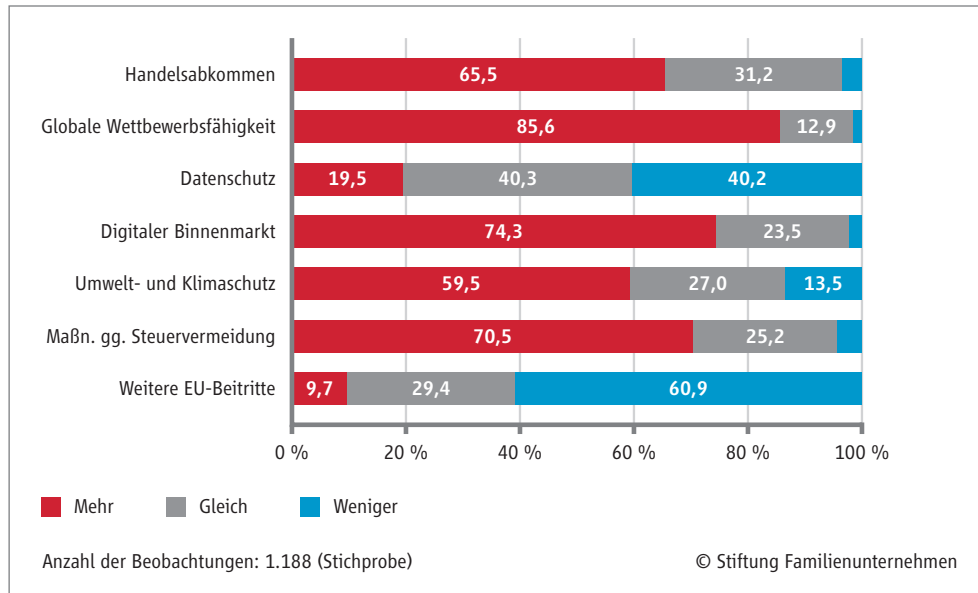
tauber@familienunternehmen.de
www.familienunternehmen.de

 [@StiftungFamUnt](#)

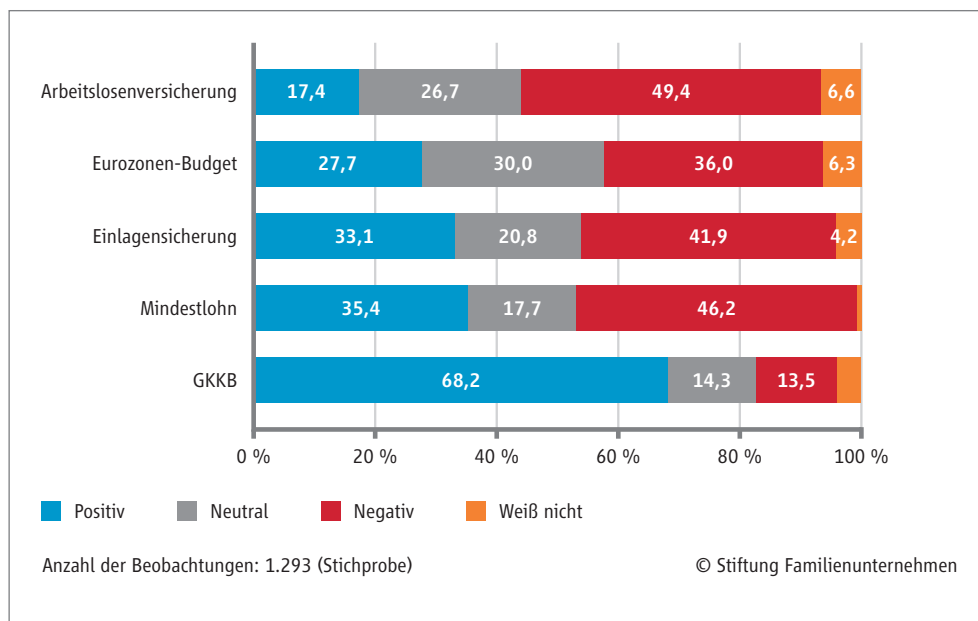
 [Erklär-Videos](#)



Frage: Wie sehr sollte sich die EU in der neuen Legislaturperiode aus Sicht Ihres Unternehmens für die folgenden Bereiche engagieren?



Frage: Wie beurteilen Sie aus Sicht Ihres Unternehmens die folgenden Reformvorschläge beziehungsweise Zielsetzungen auf europäischer Ebene?





Frage: Wie beurteilen Sie die bisher erzielten Ergebnisse der Europäischen Union in folgenden Bereichen?

